

(A)

Präsident Momper: Nun hat Kollege Buchholz das Wort zu seiner Mündlichen Anfrage über

Schließung des BSH Bosch und Siemens Hausgeräte-Werkes in Siemensstadt

(B)

Buchholz (SPD): Ich frage den Senat:

1. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um die angekündigte Schließung des Produktionsstandortes der Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH abzuwenden?

2. Welche Strategie verfolgt der Senat bei seiner Industriepolitik, um auch zukünftig Industriearbeitsplätze in Berlin zu sichern und weitere Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftssektor zu schaffen?

[Hoff (PDS): Die richtige Strategie! –
Weitere Zurufe von der PDS]

Präsident Momper: Herr Senator Wolf – bitte schön!

Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Buchholz! Ich habe unmittelbar, nachdem ich von der Absicht der Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH informiert worden bin, die Produktion am Standort Berlin für die weiße Ware einzustellen – allerdings Forschung und Entwicklung mit ca. 400 Beschäftigten am Standort zu belassen –, mich direkt an den Konzernvorstand gewandt und ihn aufgefordert, Gespräche aufzunehmen, wie entgegen dessen Absicht am Standort Berlin auch weiterhin die Produktion gesichert werden kann. Eine Möglichkeit aus meiner Sicht wäre es z. B., Zulieferfunktionen für Drittwerte zu übernehmen.

Ich bin gleichzeitig im intensiven Gespräch mit der IG Metall und den Gewerkschaften zu diesem Thema. Es ist jetzt bei Bosch und Siemens Hausgeräte – gemeinsam finanziert von der IG Metall und dem örtlichen Betriebs-

(C)

rat – ein Unternehmensberater eingesetzt worden, der die Situation des Unternehmens überprüft. Werksleitung und Konzern haben angegeben, dass die Einstellung der Produktion wegen einer dramatischen Veränderung der Marktlage erfolgen muss.

[Niedergesäß (CDU): Heuschreckenplage!]

Diese Marktlage ist zum einen durch einen Umsatzrückgang aufgrund einer schwachen Binnennachfrage und zum anderen durch die harte Konkurrenz von Billigprodukten in diesem Bereich charakterisiert. Der Unternehmensberater, der mit dem Einverständnis von Bosch und Siemens Hausgeräte eingesetzt worden ist, wird die Lage des Unternehmens überprüfen und möglicherweise auch Vorschläge machen. Ich halte das für ein sehr gutes Verfahren und bin seit längerer Zeit mit dem DGB und der IG Metall im Gespräch, ob wir in Berlin grundsätzlich ein solches Modell etablieren sollten, mit dem Potentialabschätzungen bei Industrieunternehmen vorgenommen und vor allem schwierige Lagen frühzeitig erkannt werden können und mit dem man dann gegebenenfalls auch Abhilfe schaffen kann.

Die Entwicklung ist insgesamt selbstverständlich ausgesprochen unerfreulich: Zum einen sind über 600 Arbeitsplätze in einer Situation bedroht, wo wir in Berlin bereits eine extrem hohe Arbeitslosigkeit haben. Zum anderen stellt es eine Schwächung des Industriestandorts Berlin dar.

(D)

Sie haben in dem zweiten Teil Ihrer Frage grundsätzlich danach gefragt, was wir tun wollen, um den Industriestandort zu stärken. Das Erste und Wichtigste ist, dass alle, die Einfluss haben und für die Meinungsbildung in Berlin Verantwortung tragen,

[Niedergesäß (CDU): Müntefering!]

deutlich machen, dass Industrie am Standort Berlin Zukunft hat. Wir haben eine Vielzahl wettbewerbsfähiger und auch expandierender Industrieunternehmen am Standort Berlin. Das Hintergrundrauschen, wonach Industrie in einer Metropole wie Berlin keine Zukunft habe und die Zukunft nur in Dienstleistungen liege und das man auch im politischen Raum gelegentlich immer noch hört, ist ausgesprochen schädlich für den Industriestandort Berlin. Wir sollten selbstbewusst vertreten, dass hier wettbewerbsfähige Unternehmen erfolgreich produzieren. Unlängst hat die Studie von Prof. Semlinger von der FHTW über die Industrie in Berlin deutlich gemacht, dass die Berliner Industrie im Gegensatz zu den 90er Jahren mittlerweile einen Produktivitätsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt hat. Das müssen wir deutlich herausstellen.

Ansonsten verfolgen wir weiterhin die Linie, dass wir jedem Unternehmen und jedem Einzelbetrieb, der Probleme oder Schwierigkeiten hat, von Seiten der Politik die uns mögliche Unterstützung geben, und zwar sowohl bezüglich der Verbesserung der Rahmenbedingungen wie bezüglich der monetären Förderung. Wir sind weiterhin dabei, unsere Kompetenzfeldstrategie weiter zu entwi-

Bm Wolf

(A) ckeln und auch die Ansiedlungsstrategie daraufhin auszurichten. Die Industrie muss ein wichtiges Thema für die künftige Ansiedlungsstrategie sein.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass gestern 45 Betriebsräte aus der Industrie in einer Pressekonferenz ein Memorandum zum Industriestandort Berlin herausgegeben haben. Ich teile einen Großteil dessen, was in diesem Memorandum formuliert worden ist – sowohl hinsichtlich der Kritik an der Politik der Vergangenheit als auch hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen einer Industriepolitik. Ich werde diese 45 Betriebsräte im nächsten Monat zu einem Gespräch einladen, um mit ihnen über die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen und über das, was wir von unserer Seite gemacht haben und weiter tun können, um den Industriestandort weiter zu entwickeln, gemeinsam zu diskutieren.

Präsident Momper: Das Wort zu einer Nachfrage hat Kollege Buchholz. – Bitte schön!

Buchholz (SPD): Herr Senator! Auch wenn ich wie Sie sehr hoffe, dass die Bemühungen des Betriebsrats erfolgreich sein mögen, habe ich doch folgende Frage: Sehen Sie wie ich die Gefahr, dass nach der Aufgabe des Produktionsstandortes auch die Forschungs- und Entwicklungsabteilung am selben Standort mit ca. 400 Mitarbeitern stark gefährdet sein wird?

(B) **Präsident Momper:** Herr Senator Wolf – bitte!

Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Herr Buchholz! Das ist einer der Gründe, weshalb ich großes Interesse daran habe, dass wir noch zu einer anderen Lösung für Bosch und Siemens Hausgeräte kommen. Dort soll nämlich auch weiterhin Produktion stattfinden. Darüber, in welcher Konzeption und in welcher Verknüpfung mit Forschung und Entwicklung das geschehen soll, wird man dann sicherlich im Einzelnen diskutieren können. Grundsätzlich sind Forschung und Entwicklung am Standort Berlin gut aufgehoben, aber es besteht selbstverständlich immer die Gefahr, dass Verlagerungen stattfinden, wenn das produktive Umfeld nicht mehr vorhanden ist. Insofern wäre auch an dieser Stelle die Aufrechterhaltung der industriellen Produktion gleichzeitig eine Standortsicherung für Forschung und Entwicklung.

Präsident Momper: Herr Pewestorff hat das Wort zu einer Nachfrage. – Bitte!

Pewestorff (PDS): Herr Senator! Auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass Politik mit den Entscheidungen, die in einem Unternehmen in einem Prozess wachsen, in der Regel erst dann konfrontiert wird, wenn diese gefällt sind. Sie haben in Ihrer Beantwortung der Frage angedeutet, dass es auch von Seiten der Politik Bemühungen gibt, früher in solche Prozesse einzugreifen. Man umschreibt manchmal auch mit Frühwarnsystemen. Wie weit

(C) sind Ihre Bemühungen in dieser Richtung gediehen? Wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Präsident Momper: Senator Wolf, bitte!

Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Herr Pewestorff! Ich habe vorhin schon angesprochen, dass wir im Gespräch mit dem DGB und der IG Metall über die Einrichtung eines solchen Frühwarnsystems sind. Dieses soll im wesentlichen darin bestehen, dass aus einem Fonds Mittel zur Verfügung gestellt werden können, aus dem heraus Betriebsräte im Einvernehmen mit der Unternehmensleitung zur Potentialabschätzung von Unternehmen, was Zukunftsperspektiven im positiven Sinn angeht, eine Beratungstätigkeit leisten oder mögliche Probleme frühzeitig erkennen und Gegenstrategien entwickeln können.

Wir haben im Grundsatz eine Verständigung über das Konzept erzielt. Das wird auch ein Thema sein, welches wir im Rahmen der Haushaltsberatungen 2006/2007 zu behandeln haben, um zu klären, ob dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Ich bin vor allem deswegen optimistisch, weil sich ein solches Instrument durchaus als erfolgreich erwiesen hat. Das Modell lehnt sich an ein Instrument an, das in Nordrhein-Westfalen seit mehreren Jahren erfolgreich praktiziert wird. Es wäre ein guter Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung und Fortentwicklung von Industrie in Berlin.

(D) **Präsident Momper:** Danke schön, Herr Senator!